Bocholter Volksblatt

Amtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte.

Erscheint wöchentlich 7 mal. Der Samstags-Nummer werden das vierseitige „Sonntägliche Unterhaltungsblatt" und das achtseitige illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen" gratis beigelegt. Abonnementspreis monatlich 50 Pfg. oder vierteljährlich durch die Zeitungsboten ins Haus gebracht oder von der Expedition abgeholt 1,50 Mk., von der Post abgeholt 1,50 Mk., durch den Postboten ins Haus gebracht 1,92 Mk.

Organ der Zentrumspartei.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Redakteur Joseph Weber in Bocholt.

Fernsprecher Nr. 92.

Anzeigen kosten für Einheimische (Bocholt und Rhede) die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., für Auswärtige 15 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben gewähren wir entsprechenden Rabatt.
Anzeigen-Annahme jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der betr. Nummer. Größere Anzeigen wolle man uns jedoch möglichst vormittags übermitteln. — Reklamen kosten pro Petitzeile 40 Pfg.

Anzeigen-Annahme für Rhede und Umgegend bei J. G. Hams.

Nr. 13. Druck und Verlag von J. & A. Temming in Bocholt. Mittwoch, 15. Januar 1908. Für den Reklamen- und Anzeigenteil verantwortlich: A. Temming in Bocholt. 37. Jahrgang

Deutscher Reichstag

* Berlin, 13. Jan.

Das Haus war heute zu Beginn der Sitzung ziemlich schwach besetzt. Im Laufe der Verhandlungen wurde die Besetzung jedoch etwas besser.

Zunächst wurde ohne jede Debatte der Vertrag mit Belgien und Italien über das Urheberrecht in erster und zweiter Lesung angenommen. Dann wurde die Beratung über die Vorlage betr.

Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches

fortgesetzt.

Auch heute sprachen alle Redner gegen die beabsichtigte Anrechnung der Krankenkassenleistungen auf das Gehalt der Handlungs-Gehülfen im Falle einer Erkrankung, nur der Mehrheit der freisinnigen Volkspartei blieb es vorbehalten, in dem Vorschlag der Regierung eine Verbesserung zu erblicken. Selten war der Reichstag in einer wirtschaftlichen Frage von einer solchen Einmütigkeit wie in diesem Falle.

Der Staatssekretär v. Nieberding machte noch einige Rechtfertigungsversuche, um seine Vorlage zu retten, allein sie zogen nicht.

Der Gesetzentwurf wurde einer 14 gliedrigen Kommission überwiesen, wo er eine Aenderung von Grund auf erfahren wird.

Es folgte sodann die Beratung der

Novelle zum Viehseuchengesetz.

Die Novelle sieht einen schärferen Schutz gegen die Viehseuchen vor und ebenso eine Erweiterung des Geltungsbereiches des Gesetzes.

Der erste Redner zu dieser Sache war der Zentrumsabgeordnete v. Pfetten. Er bedauerte, daß die Entstehungsursache der Maul- und Klauenseuche noch nicht genügend aufgeklärt sei. Der Umstand, daß der Gesetzentwurf die Zahl der als Seuchen bezeichneten Krankheiten vermehre, sei im großen und ganzen zu begrüßen. In der Kommission sei zu erwägen, inwieweit die vorausgesehene Verschärfung der Anzeigepflicht und der Schutzmaßregeln aufrecht erhalten werden könnte. Die Entschädigungsfrage bedürfe vielfach einer Aenderung. Sollte die Vorlage Gesetz werden, müsse für die Landwirte eine kurze klare Fassung herauskommen. Er beantrage, einer 28 gliedrigen Kommission den Entwurf zu überweisen.

Abg. Siebenbürgen (kons.) meinte die Vorlage enthalte eine große Menge neuer schwieriger Bestimmungen. In erster Linie werde nicht die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen, sondern jeder Tierhalter. Trotzdem stehe seine Partei ganz auf dem Boden der Vorlage. Dem Vaterlande sei man es schuldig, den Viehstand gesund zu erhalten. Einzelne Bestimmungen würden zu ändern sein. Die sanitären Maßnahmen hätten in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Die Grenzen würden jedoch immer noch nicht genügend überwacht. Mit besonderer Sorgfalt müßten die Versuchstiere behandelt werden. Ob eine Ausdehnung des Kreises der anzeigepflichtigen Personen so weit erfolgen könne, wie der Entwurf wolle, werde in der Kommission näher zu erwägen sein. Es müsse alles getan werden, um der Einschleppung neuer Viehkrankheiten vorzubeugen. Besondere Aufmerksamkeiten verdiene auch das Abdeckereiwesen. Die Privilegien der Abdecker paßten auf die heutigen Verhältnisse wie die Faust aufs Auge.

Abg. Lehmann-Jena (natl.) begrüßte namens seiner Freunde die Tendenz des Entwurfes angesichts des Wertes des deutschen Viehstandes, der von Jahr zu Jahr wachse. Der Entwurf enthalte ja einen Eingriff in das Eigentumsrecht, der aber im Interesse der Allgemeinheit ertragen werden müsse. Andererseits rieche der Entwurf zu sehr nach der Studierstube. Im Interesse der deutschen Landwirtschaft müsse man die harten Vorbeugungsmaßregeln freudig begrüßen.

Das Haus vertagte sich hierauf.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 13. Jan.

Im Abgeordnetenhaus begann heute die erste Lesung des

Etats.

Als erster Redner sprach der Eisenbahnminister Breitenbach der wenig erfreuliches mitzuteilen hatte. Er gab eine Uebersicht über das Ergebnis der Staatsbahnen für 1907. Das Jahr werde voraussichtlich mit einer Mindereinnahme von ca. 100 Millionen schließen, da 109 Millionen mehr ausgegeben sind und nur 7 bis 8 Millionen mehr ausgegeben werden durften. Der Personenverkehr habe unter dem ungünstigen Wetter des Sommers gelitten, dann aber auch durch den Mißerfolg der Fahrkartensteuer, die etwa 10 Millionen gekostet habe, infolge der Abwanderung in die niederen Klassen. Er hoffe, daß die Revision der Fahrkartensteuer zu einem allgemein befriedigenden Ergebnis führen werde. Die ungewöhnliche Steigerung der Preise und der Anlagen sei in der Hauptsache aber auf die Unvollkommenheit der Veranschlagung zurückzuführen. Der Minister schloß mit der Bitte um die Mitwirkung des Hauses bei der sparsamen aber zweckmäßigen Wirtschaft im Eisenbahnbetrieb.

Darnach sprach Abg. Freiherr von Zedlitz (frk.). Er kam gleich auf die Vorgänge in Berlin am Sonntag zu sprechen und versicherte unter lautem Beifall, daß Demonstrationen auf das Abgeordnetenhaus keinerlei Eindruck machten. Weiterhin trat er für eine großzügige Finanzpolitik des Reiches ein und empfahl, die Einkommensteuerreform auf das nächste Jahr zu verschieben und dann ganze Arbeit zu machten.

Der Minister des Innern Graf Moltke berichtete dann über die Straßenaufzüge am Sonntag. Er teilte mit, daß die Schutzleute es mit 12,000 Demonstranten zu tun gehabt hätten, 1 Offizier, 3 Schutzleute und 30 Personen aus dem Publikum seien verletzt worden, davon ein Schutzmann schwer. Die Polizei habe Ruhe und Besonnenheit gewahrt und die Verantwortung trage die Leitung der Sozialdemokratie, die mit Absicht die Leute auf die Straße gebracht habe, „um sich die Straße zu erobern." Er erkläre, daß die Regierung fest entschlossen sei, jeder Störung des öffentlichen Verkehrs sowie der Ruhe und Ordnung in den Straßen mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten. Diese Erklärungen wurden vom Hause mit lautem Beifall aufgenommen.

Danach ergriff Kultusminister Holle, das Wort, um zur Frage der geistlichen Schulaufsicht Stellung zu nehmen. Er führte aus, es bestehe kein Bedürfnis für eine Trennung der Verbindung zwischen Volksschule und Kirche. Die fachliche Schulaufsicht werde nach und nach ganz von selbst kommen, ohne daß jene notwendige Verbindung zwischen Kirche und Schule zerstört werde. Gegenwärtig würden ⅗ aller Stellen der Schulinspektoren im Hauptamte versehen und nur ⅖ im Nebenamt. Die Belastung mit der Schulaufsicht werde von den Geistlichen bei der immer steigenden sonstigen Tätigkeit vielfach als eine Last empfunden, und so werde die geistliche Schulaufsicht nach und nach durch die weltliche ersetzt werden. Da es sich aber um etwa 270 Stellen handele, werde sich das nicht auf einmal machen lassen, zumal die Durchführung des Schulunterhaltungsgesetzes der Schulverwaltung schon hinreichend Schwierigkeiten bereite. Da sich die Regierung dem Wunsche des Hauses auf Dezentralisation des Volksschulwesens angeschlossen habe, so werde, wenn dieser Plan zur Durchführung komme, ein besonderer Beamter hierfür zu schaffen sein. Er hoffe, daß die Regierung in der nächsten Session mit einer Vorlage vor das Haus treten könne.

Nach dem Minister sprach als zweiter Redner aus dem Hause, der Konservative Herr von Pappenheim. Auch er kam auf die Wahlrechtsdemonstrationen der Sozialdemokraten zu sprechen und sprach die Hoffnung aus, daß diesen kindischen Demonstrationen mit aller Energie entgegengetreten wird. Die Leiter der Sozialdemokratie trügen zwar die Verantwortung, aber sie wüßten sich den Folgen zu entziehen, indem sie sich feige verbergen. Bezüglich des Etats erkannte er an, daß dieser im allgemeinen vorsichtig aufgestellt sei. Hoffentlich werde eine Aenderung im Beamtenbesoldungswesen auf eine allgemeine Gehaltserhöhung hinauslaufen. Aus den weiteren Ausführungen des Redners sei noch hervorgehoben, daß er sich gegen die Einführung direkter Reichssteuern erklärte.

Der nun folgende Redner war Abg. Dr. Friedberg (ntl.) In sehr langen Ausführungen ging er eingehend auf die einzelnen Etats aufstellungen ein, wobei er namentlich eine Unterschätzung der Ausgaben feststellen zu müssen glaubte. Er führte aus: Die Ueberschreitung der veranschlagten Ausgaben führe nicht nur zu einer schlechten Finanzwirtschaft, sei auch inkonstitutionell. Es sei unbegreiflich, wie der Finanzminister und der Eisenbahnminister nach den Erfahrungen von 1907 noch einmal einen solchen Etat vorlegen könnten, der ein latentes Defizit von 100 Millionen enthalte. Auf Grund eines solchen Etats Steuern zu bewilligen, dazu könnten sich seine Freunde nicht entschließen. Die seien aber bereit, alles, zur Beseitigung eines tatsächlichen Defizits, Nötige zu bewilligen. Auf eine abschließende Finanzreform im Reich sei wohl so schnell nicht zu rechnen. Eine neue Anleihe wolle er nicht kritisieren. Nicht zu billigen sei eine lange Bindung des Zinsfußes. Redner befürwortete die Einführung direkter Reichssteuern. Bezüglich der Schulaufsicht meinte er, der Ansicht, daß Kirche und Schule verknüpft bleiben und zwar so, daß die Kirche der Schule übergeordnet sei, müsse er entschieden widersprechen. Zum Schlusse resümierte er; der vorliegende Etat und der Steuervorschlag des Finanzministers seien für seine Freunde unannehmbar. Die Regierung und das Parlament müßten vertrauensvoll an der besseren Gestaltung des Etats zusammenarbeiten.

Minister v. Rheinbaben trat dieser Hoffnung bei. Der Vorredner habe im ganzen wohl zu schwarz gemalt. So sehr er bereit sei, bei der Reichsfinanzreform mit sich reden zu lassen, so sei er doch nicht gewillt, Eingriffe in die Souveränität der Einzelstaaten zuzugeben. Völlig fern liege ihm die Absicht der Verschleierung des Etats. Früher sei auch nie der Vorwurf erhoben worden, daß die Ausgaben und Einnahmen unterschätzt würden. Eine Steuererhöhung im Betrage von 40 Millionen sei nötig, weil durch das Schulunterhaltungsgesetz und Erhöhung der Beamtenbesoldungen neue dauernde Ausgaben entstanden seien. Er bitte, an den vom Hause 1892 aufgestellten Grundsätzen der Etatsaufbesserung nicht zu rütteln.

Minister Holle erklärte schließlich auf Anfrage, über die Mädchenschulreform hoffe er noch in dieser Session eine Denkschrift vorzulegen und im nächsten Etat entsprechende Positionen einstellen zu können. Die Erwägungen über die Reform der Ortsschulaufsicht seien noch nicht abgeschlossen. Wo ein Rektor vorhanden sei, werde dieser mit der Aufsicht betraut werden, sonst eine vom Vertrauen der Bevölkerung getragene Persönlichkeit am Ort.

Hierauf vertagte sich das Haus. Morgen wird als erster Redner Zentrumsabgeordneter Herold sprechen.

Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Wahlrechts-Demonstration in Berlin.

Ueber die Folgen der Sonntagskundgebungen in Berlin berichtet der Berliner Lokal-Anzeiger: Der Zusammenstoß zwischen den Demonstranten und der Polizei hat nicht so üble Folgen gehabt, wie unter dem unmittelbaren Eindruck der aufregenden Szenen angenommen wurde. In den Krankenhäusern ist kein Schwerverletzter eingeliefert worden. Die Zahl der Leichtverwundeten festzustellen, ist nicht ohne weiteres möglich, weil diese aus begreiflichen Gründen sich bald aus dem Staube machten. Bisher sind 30 Verwundungen aus dem Publikum zur amtlichen Kenntnis gelangt. Festgenommen wurden während der Ausschreitungen insgesamt 106 Personen, 100 Männer und 6 Frauen. Die Festgenommenen werden, soweit sich ihnen eine unmittelbare Beteiligung an den Exzessen nachweisen läßt, schwere Strafen zu gewärtigen haben. Die Demonstranten an der Fischerbrücke waren von einem Polizeihauptmann unter Hinweis auf den Aufruhrparagraphen dreimal zum Auseinandergehen aufgefordert worden. Es kommt daher Widerstand gegen die Staatsgewalt und unter Umständen auch Landfriedensbruch in Frage. Die polizeilichen Ermittlungen erstreckten sich insbesondere auf den Urheber der an der Fischerbrücke abgefeuerten zwei Schüsse und auf die vorbereitende Tätigkeit des soz. Agitationskomitees. Festgestellt ist, daß ein Schuß an der Ecke der Fischerbrücke und Friedrichsgracht aus einer etwa 50 Personen zählenden Menschenmenge abgefeuert wurde, die auf dem linken Spree-Ufer an einer Baubrücke stand, ferner wurde festgestellt, daß von dem Aktionskomitee nicht nur die Losung „Nach dem Schlosse!" ausgegeben war, sondern daß die Demonstration sogar soweit organisiert wurde, daß einzelnen Zügen die Wege, die sie dorthin einschlagen sollten, vorgeschrieben wurden. Auch das Singen war angeordnet. Ferner war den Führern aufgegeben worden, daß, falls die Züge am Vorrücken gehindert würden, die Demonstranten auf Omnibussen und Straßenbahnwagen in das Innere der Stadt gelangen sollten.

Die Enteignungsvorlage

gelangt am 16. ds. Mts. im Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses zur zweiten Beratung. In den letzten Tagen haben sich, wie eine parlamentarische Korrespondenz zu berichten weiß, bei der konservativen Fraktion weitere lebhafte Bedenken gegen die Vorlage, auch in der jetzigen Form, geltend gemacht. Die Fraktion wird am Dienstag zu dieser Vorlage nochmals Stellung nehmen. Auch würden Versuche gemacht, die Regierung zu bewegen, die Vorlage bis zur nächsten Session zurückzustellen. Die jetzige Haltung der Konservativen würde bedingt durch die Rücksicht auf das preußische Herrenhaus, das der Vorlage auch bei Beschränkung der Enteignung auf bestimmte Bezirke nicht zustimmen dürfte.

Allgemeine zweijährige Dienstzeit.

Die 8 Zentrumsabgeordneten der Budgetkommission des Reichstages haben unter der Führung des Abg. Häusler (bekanntlich General z. D.) den Antrag eingebracht, daß die Regierung eine Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie einbringen möge. Dieser Antrag zielt dahin, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit allgemein zu ermöglichen. Seit 1893 besteht diese bei den Fußtruppen, seit 1905 ist sie für diese in der Verfassung festgelegt. Niemand wird in Abrede stellen können, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Kavallerie und reitende Artillerie ein unendlich großer Vorteil sein würde und daß sie die heute bestehende Ungleichheit beseitigen würde. Nach dem Urteile angesehener Militärs ist sie auch möglich.

§ Berlin, 14. Jan. Dem „Vorwärts" zufolge wurde in der gestrigen Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Partei beschlossen, folgende Interpellation einzubringen: Aus welchen Gründen hat der Reichskanzler in der Sitzung im preußischen Landtage vom 10. Januar d. J. die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesrat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet? und: Billigt der Reichskanzler, daß anläßlich der am 12. Januar in Berlin zur Propaganda dieses Reichstags-Wahlrechts einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen zum Zwecke etwaigen Einschreitens das Militär in den Kasernen konzentriert war?

§ Berlin, 13. Jan. Im Abgeordnetenhause hat die nationalliberale Fraktion folgende Interpellation eingebracht: Nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1905 soll die Verpflichtung der nach § 40 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 sowie § 41 des Kommunalabgabengesetzes von der Gemeindeeinkommensteuer befreiten Personen zu den Volksschullasten beizutragen durch Gesetz geregelt werden. Ist die Einbringung und Verabschiedung eines diese Regelung entscheidenden Gesetzes vor dem Inkrafttreten des Volksschulgesetzes am 1. April 1908 zu erwarten? Wenn dies nicht der Fall ist: welche Maßnahmen sind vorgesehen, um eine ungerechtfertigte Mehrbelastung der Gemeinde und des Staates zu verhüten?

§ Berlin, 13. Jan. Die Polizei rechnet für morgen mit weiteren Demonstrationen. Heute morgen erschien ein Trupp Arbeitsloser unter den Linden; er wurde schnell in die Seitenstraßen gedrängt und zerstreut.

§ Berlin, 13. Jan. Die Interpellation des Zentrums zur Knappschaftsstatutreform wird der Abg. Schiffer-Recklinghausen, die der Wirtschaftlichen Vereinigung Abg. Behrens und die der Sozialdemokratie der Abg. Hue begründen.

§ Berlin, 12. Jan. Die wirtschaftliche Vereinigung hat im Reichstag den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Behörden und Organisationen, sowie auch erforderlichen Falls im Einvernehmen mit den Schulbehörden in den Bundesstaaten, Unterricht in landwirtschaftlicher Naturkunde für freiwillige Teilnehmer im Reichsheere einzuführen.

§ Wilhelmshaven, 13. Jan. Admiral Fischel ist zum Chef der Marinestation der Nordsee ernannt worden. Der bisherige Stationschef, Vizeadmiral v. Ahlefeld, wurde zur Disposition gestellt.

§ Danzig, 13. Jan. Der kommandierende General des XVII. Armeekorps, General der Infanterie v. Braunschweig ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches und unter Stellung à la suite des Königin Augusta Garde-Grenadierregiments zur Disposition gestellt worden. General v. Braunschweig ist am 26. August 1845 in Lissowitz in Westpreußen geboren.

§ Dresden, 13. Jan. Der Antrag des sächsischen Flottenverbandes auf Vertagung der Kasseler Hauptversammlung, um Zeit zu Vermittelungsversuchen zu gewinnen, ist vom Berliner Präsidium als verspätet abgelehnt worden.

Ausland.

Italien.

Beilegung des italienisch-abessynischen Zwischenfalls

* Rom, 13. Jan. Die Blätter heben die vom Negus Menelik von Abessinien abgegebenen ausführlichen Erklärungen hervor und betonen, daß der Zwischenfall von Lugh in einer die nationale Würde durchaus befriedigenden Weise für die Diplomatie abgeschlossen sei. Der Popolo schreibt: Die schnelle Unterstützung Englands, Frankreichs und Deutschlands, trotzdem Deutschland keine die Kolonien betreffenden Verträge abgeschlossen hat, ist eine Tatsache, die der Regierung zur Ehre gereicht und auch den Bündnisgegner überzeugen muß.

Frankreich.

Erfindung einer Flugmaschine.

* Paris, 13. Jan. Heute vormittag gewann Henri Farman mit seiner Flugmaschine den von den beiden Sportsmännern Henry Deutsch und Archdeacon gestifteten Preis von 50 000 Franken. Die Bedingungen lauteten: die Flugmaschine soll einen Kilometer zurücklegen und dabei ein 500 Meter vom Abflug entferntes Ziel umschreiben; der Hin- und Rückflug sind zwischen 50 Meter von einander entfernten Stangen zu nehmen. Farman erfüllte diese Bedingungen glänzend, indem er sich in der Höhe von anfangs sechs, später zehn Metern hielt und ohne Erschütterung leicht wieder am Abflugort landete.

Rußland.

Ein Anschlag auf den Präsidenten der 2. Duma.

* Petersburg, 13. Jan. Das Gebäude des Präsidenten der zweiten Duma, Golowyn, wurde ein Raub der Flammen. Das Feuer ist durch verbrecherische Hände angelegt worden.

Holland.

Niederländische Kolonialkämpfe.

* Haag, 13. Jan. Einer amtlichen Meldung zufolge stießen Kolonialtruppen von Ober-Endeh auf der Insel Flores bei Worowari auf starken Widerstand. Der Feind hatte 130 Tote. Es sind 107 Flinten erbeutet worden. Die meisten Führer unterwarfen sich. Auf holländischer Seite sind zwei eingeborene Soldaten verwundet worden. Eine Aufklärungsabteilung nahm den Rebellenführer Rapudja gefangen, unter dessen organisatorischer Leitung die Feindseligkeiten in Endeh ihren Anfang genommen hatten.

Belgien.

Erkrankung Königs Leopold.

* Brüssel, 13. Jan. Ein hervorragender Brüsseler Arzt äußert sich, König Leopold leide an trockenem Greisenbrand, der zwar noch begrenzt sei, aber dennoch zu großen Bedenken Anlaß gebe, da er in diffusen Brand auszuarten und von der Ferse aufsteigend sich zu verbreiten drohe.

Norwegen.

Eröffnung des Stortings.

* Christiania, 13. Jan. Der König eröffnete um 1 Uhr das Storting mit einer Thronrede. Er nannte darin das Verhältnis zum Ausland zufriedenstellend, betonte den Ueberschuß der Staatsfinanzen, wodurch der Ausfall des letzten Rechnungsjahres fast gedeckt ist und kündigte wichtige Gesetzesvorschläge an. Von diesen Vorlagen soll die eine das Eigentumsrecht der Ausländer auf Wasserkräfte und Wälder regeln; andere betreffen die neue Heeresorganisationen und die Eisenbahnen.

Asien.

Zur Lage in Persien.

* Teheran, 13. Jan. Der Generalgouverneur von Aserbeidschan, Prinz Ferman Ferma, telegraphierte am 13. Januar an das Parlament: Die Türken umzingelte mich bei Sandschulak Sie erbeuteten zahlreiche Gewehre und eine Kasse mit 8000 Toman. — Sofort nach Eingang der Depesche begab sich der Parlamentspräsident der Kriegsminister und die hohe Geistlichkeit in die Palais, um mit dem Schah über die Lage zu beraten. Der Schah ist aufs tiefste betroffen. Er leistete abermals auf den Koran einen Eid, nunmehr aufrichtig mit dem Parlamentzusammenzuarbeiten.

Afrika.

Die Krisis in Marokko.

* Tanger, 13. Jan. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Proklamation Muley Hafids zum Sultan seine Hilfsquellen an Geld und Truppen keineswegs vermehre. Um von den erlangten Erfolgen wirklich Nutzen zu haben, müsse Hafid eine ernsthafte Regierung einsetzen und Steuern einführen. Dann aber werden seine Freunde und Anhänger sich gegen ihn wenden. Die Lage Abdul Asis erscheine dagegen nicht ernstlich erschwert, solange er die Hilfstruppen besoldet. Uebrigens sei ein gutes Einverständnis mit Muley Hafid unmöglich, da seine Proklamation die Ungültigkeitserklärung der Akte von Algesiras und den heiligen Krieg zur Grundlage habe. Die Proklamation Hafids in Meskines ist bisher nicht bestätigt.

* Paris, 13. Jan. Die Regierung beabsichtigt, sich wie bisher in den Grenzen der Algecirasakte (!) zu halten. Ihre Intervention in Marokko wird sich darauf beschränken, die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Europäer in den Häfen zu schützen, in denen Frankreich die Aufgabe zufällt, die Polizei einzurichten. Die Algecirasakte soll auf das peinlichste innegehalten werden.

* Paris, 13. Jan. Der Berliner Botschafter Cambon hatte hier eine lange Unterredung mit Clemenceau und Pichon über die Marokkofrage. Heute ist er nach Berlin zurückgereist, um der deutschen Regierung wichtige Mitteilungen über die französischen Pläne in Marokko zu überbringen.

Kirchliches.

* München, 12. Jan. In nächster Zeit, wahrscheinlich noch in der kommenden Woche, wird, dem „Bayer. Kurier" zufolge, ein gemeinsamer Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe erscheinen, der im Anschluß an die Besprechung des Papstjubiläums auch die letzten päpstlichen Kundgebungen, speziell die Enzyklika „Pascendi" behandeln und ihre hohe Bedeutung im zustimmenden Sinne hervorheben wird.

Gerichtssaal.

? Münster, 13. Jan. Schwurgericht. Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode am hiesigen Königlichen Landgericht begann heute vormittag 9½ Uhr unter dem Vorsitze des Landgerichtsrats Reerinck mit einer Verhandlung gegen den vom 24. Juli 1883 geborenen Arbeiter August Kornell, welcher der Brandstiftung beschuldigt ist. Der Angeklagte kam im Frühjahr 1907 zu einem Kolon in Darup in Dienst. An einem Augusttage geriet er mit seinem Dienstherrn wegen Lohndifferenzen in Streit und erging sich in allerlei Redensarten von Feueranlegen usw. In der Tat brannte denn auch am folgenden Abend eine Scheune des Kolonen ab. Die näheren Umstände ließen gar schnell den Verdacht aufkommen, daß Kornell die Scheune in Brand gesteckt habe. Er wurde denn auch nach ein paar Tagen in Haft genommen und in der letzten Schwurgerichtsperiode im Oktober v. Js. gegen ihn verhandelt. Die Verhandlung mußte aber damals vertagt werden, da sich der Angeklagte auf das Zeugnis eines gewissen Feth berief, der nach der Angabe des Angeklagten wenige Minuten vor dem Ausbruch des Feuers mit einer brennenden Zigarre in die Scheune gegangen sein soll, was er gesehen zu haben vorgab. Dieser Zeuge war heute anwesend und bestritt unter Eid, daß er an dem fraglichen Abend überhaupt in Darup gewesen sei, so daß der Angeklagte besonders durch die Aussagen seines früheren Dienstherrn schwer belastet wurde. Staatsanwalt Müller glaubte auf Grund dieser Aussagen auf „Schuldig" gegen den Angeklagten plädieren zu müssen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Veus, ließ sein Plaidoyer, in eine Bitte um Freisprechung des Angeklagten ausklingen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nach sechsstündiger Verhandlung frei.

? Berlin, 14. Jan. Das kriegsgerichtliche Verfahren gegen den Grafen Lynar beginnt am 22. Jan. Die Verhandlung findet im Militärgerichtsgebäude an der Lehrter Straße statt. Viele Zeugen sind geladen.

? Leipzig, 13. Jan. Heute fand vor dem kaiserlichen Disziplinarhofe der Prozeß gegen den Gouverneur z. D. Jesko v. Puttkamer, der am 24. April v. Js. von der kaiserlichen Disziplinarkammer zu 1000 Mark Geldstrafe und einem Verweise verurteilt worden war, in zweitter und letzter Instanz statt. Gegen das Urteil hatte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Revision eingelegt. In Erwägung der wertvollen Dienste, die der Angeklagte dem Reiche in Afrika geleistet hat und da seine Vergehen, wie die heutige Verhandlung ergab, einer milden Betrachtung würdig sind, kam der Disziplinarhof unter der Verwerfung der Berufung des Beamten der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten zu der Entscheidung, daß gegen den Angeklagten nur auf einen Verweis zu erkennen sei. Außerdem wurde dem Angeklagten die Erstattung der baren Auslagen des Verfahrens zur Hälfte auferlegt.

Provinzielle Nachrichten.

! Dingden 14. Jan. Die Agitations-Versammlung des Westfälischen Bauernvereins, die gestern im Restaurant Sack tagte, erfreute sich eines regen Besuches. Der Vorsitzende des hiesigen Bezirks, Herr Kleinschmäink eröffnete gegen 2½ Uhr die Versammlung, begrüßte die Erschienenen und teilte dem Herrn Dr. Crone das Wort zu seinem angekündigten Referate. Das Thema, das sich der Redner gestellt hatte, behandelte „Die Einrichtungen und Bestrebungen des Westfälischen Bauernvereins." In interessanter und fesselnder Weise verstand es der Herr Referent die Anwesenden von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses, besonders des westfälischen Bauern, zu überzeugen. Der zweite Referent, Herr Generalsekretär Dr. Kellermann behandelte in populärer Sprache „Das landwirtschaftliche Versicherungswesen mit besonderer Berücksichtigung der Haftpflicht-Versicherung." Der lebhafte Beifall, der beiden Rednern am Schlusse ihrer Referate gespendet wurde, und die Aufnahme einer ganzen Reihe neuer Mitglieder bewies, daß man den Bestrebungen des Westfälischen Bauern-Vereins die Anerkennung nicht versagt. Nach ca. 4-stündige Dauer hatte die Versammlung, auf die wir morgen ausführlich zurückkommen, ihr Ende erreicht.

* Anholt, 13. Jan. Am Sonntag fand hierselbst eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Gewerkschaftssekretär Hartmann aus Walldorf (Baden) über die Schädlichkeit der geplanten Zigarrenbanderolesteuer, überhaupt jeder weiteren Belastung des Tabaks, referierte. Redner betonte, daß die Arbeiter in Norddeutschland und Rheinland in besonders schwerer Weise dadurch beschädigt würden, weil die Gefahr bestehe, daß das Verlegen der Fabriken nach Gegenden mit billigeren Arbeitskräften in noch verstärkterm Maße eintreten wird, wenn eine weitere Belastung infolge Steuern herbeigeführt würde. Nach kurzer Diskussion fand nach den N. N. N. folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige, im Saale des Herrn Karl Drecker, vom Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands einberufene öffentliche Volk versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Mehrbelstung des Tabaks, insoesondere gegen die bereits dem Bundesrate zugegangene Zigarrenbanderolensteuer weil dieselbe eine große Abnahme des Konsums und dadurch die Arbeitslosigkeit vieler tausende Arbeiter, wie auch die Vernichtung zahlreicher kleinerer Existenzen zur Folge haben würde. Die ohnehin so traurig gestellte Tabakarbeiterschaft richtet deshalb an die Mitglieder des hohen Reichstages, insbesondere an den Vertreter des Wahlkreises Borken-Recklinghausen, Herrn Gewerkschaftsführer Schiffer, das dringende Ersuchen, im Interesse der gesamten Tabakindustrie jede weitere Belastung des Tabaks, ganz besonders die so sehr schädliche Zigarrenbanderolesteuer mit aller Entschiedenheit abzulehnen."

* Bochum, 13. Jan. Heute wurde die Fabrik der ehemaligen Siebeck'schen Stanzwerke Ges. m. b. H. zu Riemke bei Bochum (Kapital 1,200,000 Mark an die Firma Würfel und Neuhaus zu Bochum aufgelassen.

* Wesel, 14. Jan. Der schwere Eisgang des Rheines dauert unverändert fort. Vom Main, der Nahe und Mosel werden schon Eisstauungen gemeldet

* Düsseldorf, 13. Jan. Heute fanden im Gewerkschaftshause zwei von mehreren tausend Arbeitern besuchte Arbeitslosenversammlungen statt. In beiden gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen die Stadtverwaltung aufgefordert wird, so schnell wie möglich Notstandsarbeiten bei tarifmäßigen Löhnen vornehmen zu lassen, mindestens aber unter Zugrundelegung des ortsüblichen Tagelohnes für ungelernte Arbeiter (3,50 Mark).

* Düsseldorf, 13. Jan. In der letzten Sitzung des Gemeinderates von Himmelgeist wurde der Antrag auf Eingemeindung nach Düsseldorf einstimmig angenommen.

* Düsseldorf, 14 Jan. Gestern nachmittag ist ein hiesiger Kassenbote nach Unterschlagung von 22 418 Mark flüchtig geworden. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Man vermutet, daß er über Köln geflüchtet ist.

* Ohligs, 12. Jan. Gestern abend gegen 10 Uhr ist zwischen hier und Leichlingen ein Reisender während der Fahrt aus dem Schnellzug Elberfeld-Köln gesprungen. Der Mann, der gut gekleidet war und vermutlich ein Franzose ist, wurde von dem Zuge überfahren und schwer verletzt. Er ist auf dem Wege nach Leichlingen gestorben.

* Köln, 13. Jan. In einer überaus zahlreich besuchten Arbeitslosenversammlung wurde heute nachmittag eine Mitteilung des Oberbürgermeisters der Stadt Köln verlesen, in der der Oberbürgermeister sich bereit erklärt, sämtliche bei dem Kölner Tiefbauamt beschäftigten Italiener zu entlassen, damit an ihre Stelle heimische Arbeiter eingestellt werden.

* Köln, 14. Jan. Für den diesjährigen Rosenmontanszug ist von der Durchführung einer einheitlichen Idee Abstand genommen worden. Es soll in erster Linie dem Humor gewidmet und der Bürgerschaft Anteil an der Gestaltung des Zuges eingeräumt werden. Vorschläge und Skizzen nimmt das Festkomitee bis Freitag entgegen.

* Trier, 13. Jan. In Großhettingen erstach der italienische Bergmann Valli seinen Bruder nach einem belanglosen Streite.

* Trier, 13. Jan. In dem lothringischen Orte Großhettingen erstach ein italienischer Bergmann seinen ältern Bruder, der ihn wegen der Mißhandlung seiner Frau zur Rede stellte.

Aus Nah und Fern.

— Berlin, 13. Jan. Nach voraufgegangenem Streit übergoß der nervenkranke Apfelsinenhändler Höne seine auf dem Sofa eingeschlafene Frau mit Petroleum und zündete die Kleider an. Als die Kinder herbeieilten, stand die Frau in hellen Flammen; sie erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Der Täter, der geflüchtet war, wurde noch in der Nacht verhaftet.

— Braunschweig, 13. Jan. Der Regierungspräsident Fromme in Hildesheim ist heute vormittag zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für Wilhelm Busch in Mechtshausen eingetroffen. Fromme hat, wie die Braunschweiger „Neuesten Nachrichten" melden, im Auftrage des Kaisers einen Kranz am Sarge Buschs niedergelegt.

— Offenbach, 13. Jan. In der Turnhalle Goethestraße wurde der Kaufmann Karl Seeholzer von dem Kaufmann Hans Viehl mit einem Revolver erschossen. Der Stenographen-Verein Stolze-Schrey hatte ein Tanz-Vergnügen mit Tombola Verlosung abgehalten. Nach der Verlosung entstanden unter den jungen Leuten Streitigkeiten in deren Verlauf Viehl einen Revolver zog und fünf Schüsse in den Saal auf die Leute feuerte. Ein Schuß hiervon traf den Seeholzer, der sofort hinsank. Zwei weitere Personen wurden durch die Schüsse verletzt. Viehl wurde verhaftet.

— Leipzig, 13. Jan. Der seit acht Wochen vermißte junge Buchhändler Arthur Giegler aus Leipzig wurde heute von der Polizei in seinem Bette als halbverweste Leiche aufgefunden. Er ist vermutlich das Opfer eines Verbrechens, und zwar nimmt man an, daß seine Gehilfin und Geliebte, die etwa 25jähr. Minna Doell, die seit Samstag verschwunden ist, an ihm einen Giftmord begangen habe. Die Doell soll 10 000 Mark aus der Geschäftskasse mitgenommen haben.

— Posen, 13. Jan. Wie die „Berl. Morgenpost" meldet, wird der Domänenpächter Falkenhagen in den nächsten Tagen nach Verbüßung einer sechsjährigen Festungshaft in Weichselmünde entlassen. Falkenhagen hat, wie erinnerlich, vor sechs Jahren den Landrat v. Bennigsen, nachdem er dessen Frau verführt, im Duell erschossen; zwei Begnadigungsgesuche an den Kaiser waren erfolglos geblieben.

— Gent, 14. Jan. Bei Andenarde ist ein Schnellzug in einen vorausfahrenden Lokalzug hineingefahren. Drei Wagen sind zertrümmert, 15 Reisende verwundet worden.

— München, 13. Jan. Der Prinz-Regent hat den zum Tode verurteilten ehemaligen Zirkusdirektor David Niederhofer zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

— Kopenhagen, 13. Jan. Während des Schneesturms ist im Kattegat der Dreimastschuner „Nordenskjold" aus Holmstad untergegangen. Die aus 10 Mann bestehende Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken.

Städtische Nachrichten.

* Bocholt, 15. Jan.

** **Stadtverordneten-Versammlung.** Gestern nachmittag tagten zum ersten Male für dieses Jahr die Stadtverordneten in öffentlicher Sitzung. Es hatten sich zu derselben eingefunden von den alten Stadtverordneten die Herren Rümping, Marx, v. Velsen, Wiethold, Dr. Schwartz, Pesenacker, Wy', Hüls, Driessen, Sanitätsrat Dr. v. Bönninghausen, ten Hompel, Beckmann, Esing und W. G. Schwartz (nur die Herren Becker und Biergans fehlten entschuldigt, letzterer weilt als Geschworener in Münster) sowie als neue Mitglieder des Kollegiums die Herren Westerhoff, Cohen, Lensing, Döring, Dr. Farwick, Vallee, Dams und Hötger. Ebenso nahmen an der Sitzung teil Herr Beigeordneter Disse und Herr Stadtbaurat Kraatz. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Geller.

Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung die Einführung der neugewählten Stadtverordneten. Herr Bürgermeister Geller richtete, nachdem er die Sitzung für eröffnet erklärt, folgende Ansprache an die Versammlung: Meine Herren! „Wir sind in diesem Jahre zum ersten Male hier versammelt. Ich habe Sie aus dem alten Jahre bei der letzten Sitzung verabschiedet mit den herzlichsten Wünschen für Sie persönlich wie für die ganze Stadt. Auch heute bitte ich zu Gott, daß er alles zum Vorteil unserer Stadt lenken und leiten möge. Das Haus hat sich bedeutend ausgedehnt, so sehr, daß die Tischdecke auf unserm Tisch viel zu klein geworden ist (in der Tat deckt die Tischdecke nicht mehr den ganzen Tisch, da man, um allen Stadtverordneten Platz zu machen, den Tisch hat bedeutend vergrößern müssen), auch wieder ein Zeichen, daß bei der Verwaltung hier vieles zu klein ist. Die Räumlichkeiten besonders sind viel zu klein und unzureichend und liegen viel zu weit auseinander. Nun die neuen Herren werden es ja bald an sich selbst erfahren. M. H. Aus verschiedenen Klassen und aus verschiedenen Interessentengruppen werden die Stadtverordneten gewählt, auch aus verschiedenen Bezirken heraus, aber doch nach dem Grundsatz, daß die Gewählten nicht an Instruktionen gebunden sind, sondern daß sie vielmehr das allgemeine Wohl über alles setzen. Das verlangt vor allem, sich selbst zu überwinden. Das fällt ja wohl manchmal schwer, aber für uns darf es nur einen Leitstern geben, das Wohl der Stadt. Und nach diesem Leitstern müssen Sie auch Ihre Entscheidungen treffen. Allen es recht zu machen, hat noch keiner fertig gebracht, am allerwenigsten in einem solchen Gemeinwesen, wie das hiesige. Die Entwickelung unserer Stadt war eben viel zu rasch und zu groß, und die kommunalen Lasten sind jetzt fast unerschwinglich. Wenn die neuen Herren mit Mitteln gekommen sind, die hier Abhilfe schaffen können, sie sollen uns willkommen sein. Allein Sie werden einsehen, daß der gute Wille allein nicht immer genügt. Mit diesen Worten, von deren Herzlichkeit Sie überzeugt sein dürfen, begrüße ich Sie als Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums. Ich wünsche Ihnen allen eine recht gesegnete Tätigkeit."

Die neuen Stadtverordneten werden nunmehr vom Herrn Bürgermeister durch Handschlag für ihr Amt verpflichtet. Sodann wird in die eigentlichen Beratungen eingetreten. Zur Verhandlung stehen

2. Bildung von Kommissionen. Die Rechnungskommission ersucht Herr Bürgermeister von 5 auf 7 Mitglieder zu erhöhen. Er begründet dies mit der Wichtigkeit und der Arbeit dieser Kommission. Die Herren der Rechnungskommission hätten nicht bloß die wichtigsten Interessen und Sachen der Stadt vorzuberaten, wie Etataufstellung, Rechnungswesen etc., sondern auch das ganze Jahr mühselige Arbeit durch Kassenrevisionen. Er schlägt vor, die alten Mitglieder der Kommission wiederzuwählen und 2 neue zu ernennen. Auch bittet er, eigens einen Herren zu bestimmen, der mit ihm die Sparkasse revidiert. Das sei im vergangenen Jahre nicht geschehen, was ja auch eigentlich nicht vorkommen sollte, aber verschiedene Umstände hätten ihn daran verhindert, nicht zum wenigsten auch der Wechsel der Beigeordneten. Bisher waren Mitglieder der Kommission die Herren Biergans, Marx, Dr. Schwartz, W. G. H. Schwartz und Weyl. Herr Marx bittet von seiner Person abzusehen, da er anderweitig sehr in Anspruch genommen sei. Herr Essing schlägt Herrn Dams und Herrn Westerhoff vor, Herr Pesenacker Herrn Lensing. Die 3 Herrn werden dann auch gewählt; es besteht somit die Rechnungskommission aus den Herren Biergans, Lensing, Dr. Schwartz, W. G. H. Schwartz, Weyl, Dams und Westerhoff. —

Bei der Bereisungskommission werden ebenfalls die alten Mitglieder, die Herren Eising, ten Hompel, Marx und Rümping und an Stelle des aus dem Kollegium ausgeschiedenen Herrn Hendrix, Herr v. Velsen gewählt.

Bei der Baukommission will Herr Becker durch einen andern Herrn ersetzt werden. Herr Bürgermeister schlägt Herrn Beckmann vor, Herr Döring Herrn Vallee. Herr Bürgermeister bekämpft den Vorschlag des Herrn Döring, da nach seiner Ansicht ein ausübender Architekt nicht

in diese Kommission gehöre. Ueber diese prinzipielle Frage entspinnt sich eine längere Debatte, an der sich namentlich der Herr Dr. Schwartz, Pesenacker, ten Hompel und Bürgermeister beteiligen. Herr Dr. Schwartz meint aus prinzipiellen Gründen könne kein Stadtverordneter von einer Kommission ausgeschlossen werden. Herr Bürgermeister weist darauf hin, daß in der Baukommission auch sehr viele Polizeisachen zur Sprache gebracht würden. An diesen Sachen sei aber ein ausübender Architekt viel zu sehr interessiert. Er habe die Besprechung und Hineinziehung von Polizeisachen in die Baukommission deshalb gehandhabt, weil er damit eine leichtere und ersprießlichere Arbeit der Kommission habe ermöglichen wollen. Wenn aber ein Interessent in die Kommission käme, sehe er sich gezwungen, Polizeisachen strikte von der Kommission fernzuhalten. Wie es sein Nachfolger halten werde, wisse er nicht. Er sei höheren Orts sogar schon wegen dieser seiner Haltung angesprochen worden. Herr Dr. Schwartz ist der Ansicht, daß gerade ein ausübender Architekt in dieser Kommission sehr not tue, denn es kämen dort auch Dinge sozialwirtschaftlicher und anderer Natur zur Sprache, wo der Rat eines Praktikers nicht zu verachten sei. Herr ten Hompel pflichtet der Ansicht des Herrn Bürgermeisters bei. Herr Pesenacker meint ebenfalls, daß Männer vom Fach in diese Kommission am besten paßten; im übrigen habe die Kommission doch nur beratende Befugnisse, keine beschließende. Herr Bürgermeister tritt letzterer Behauptung entgegen, indem er darauf hinweist, daß satzungsgemäß gerade der Baukommission in vielen Dingen der direkte Entscheid zustehe. Herr Dr. Schwartz befürwortet nochmals die Wahl des Herrn Vallee mit dem Hinweis, daß dann Herr Vallee auch eingehend bekannt werde mit der Handhabung der hiesigen Bauordnung; er könne dann seine Erfahrungen wieder den anderen Baumeistern mitteilen und so zu allgemeiner Aufklärung über die hiesigen Bauverhältnisse beitragen. Letzteres sei, wie der Herr Stadtbaurat ja s. Z. erwähnt, dringend notwendig. — Auf Antrag des Herrn Esing findet eine geheime Abstimmung durch Stimmzettel statt. Die Wahl ergibt bei 22 abgegebenen Stimmen Stimmengleichheit: Beckmann 10 St. und Vallee 10 St. (ein Zettel enthielt 2 Namen, er wurde daher ungültig erklärt, ebenso wurde ein weißer Zettel abgegeben, Herr Vallee enthielt sich der Abstimmung). Herr Dr. Schwartz beantragt eine neue Abstimmung. Bei dieser erhält Vallee 11 St., Beckmann 10 St. Herr Vallee ist somit gewählt. Die Baukommission setzt sich nunmehr zusammen aus den Herren Esing, ten Hompel, Marx, Rümping und Vallee.

Als Protokollführer für die geheimen Sitzungen wird Herr Weyl gewählt, als sein Stellvertreter Herr Beckmann.

Zur Revision der Sparkasse wird ebenfalls Herr Weyl Herrn Bürgermeister zur Unterstützung beigegeben.

3. Gründung von Lehrstellen an der evangelischen und katholischen Volksschule. Die Lehrstelle an der evang. Schule war schon einmal Gegenstand der Tagesordnung einer der letzten Sitzungen gewesen. Es wurde damals auf den Beschluß zurückgegriffen, daß die Schaffung einer neuen Lehrstelle nicht durch auswärtige Schüler bedingt sein dürfe. Es wurde dann über das Verhältnis der auswärtigen Schüler in der evang. Schule eine Aufstellung verlangt. Herr Beigeordneter Disse gibt diese heute; darnach sind im ganzen 19 auswärtige Schüler vorhanden, in den einzelnen Klassen 2—3. Die auswärtigen Schüler bedingten also nicht die Schaffung einer neuen Lehrstelle, vielmehr sei dies in der überhaupt großen Besetzung der 3 letzten Klassen der Schule begründet. Herr Beigeordneter Disse weist zahlenmäßig nach, daß diese 3 Klassen mit 74 bzw. 83 bzw. 85 Schülern stärker besetzt sind als alle dieselben Klassen der kath. Schulen. Er könne die Schaffung der neuen Lehrstelle nur dringend befürworten. Herr ten Hompel beantragt, nachdem die auswärtigen Gemeinden nur 20 Mk. für jeden nach hier geschickten Schüler bezahlen, für die Stadt sich aber jeder Schüler auf 40—45 Mk. durchschnittlich stelle, daß die Landgemeinden mehr und entsprechender zu den Schullasten heranzuziehen seien. Er sehe nicht ein, weshalb die Stadt für diese Gemeinden die Kosten zahle. Herr Bürgermeister stimmt dem zu und ist auch bereit, derartige Schritte zu tun. Das Kollegium beschließt auch demgemäß; die Lehrerstelle soll bis Ostern geschaffen werden. Ebenso wird beschlossen, daß die Lehrerwohnung aus der evangelischen Schule zu entfernen und daraus ein Schulzimmer zu machen sei. —

Bezüglich der katholischen Schule hat die Schulinspektion beantragt, daß für die neue Schule auf dem Fildeken 2 neue Lehrer- und 1 neue Lehrerinnenstelle geschaffen werden sollen, mit der einen Lehrerstelle sollte zugleich die Funktion eines Hauptlehrers verbunden sein, wofür 200 Mark Zulagen auszuwerfen seien. Bezüglich des Systems V an der Münsterstraße hat sie es für wünschenswert erklärt, daß hier bessere Verhältnisse geschaffen würden dadurch, daß die Kinder vom Hochfeld nach der neuen Schule auf dem Fildeken überwiesen würden. Letzteren Vorschlag hat der Schulvorstand abgelehnt, da ein solcher Weg den Kindern nicht zugemutet werden könne. Dagegen ist er dem ersten Antrag beigetreten. Das Kollegium stimmt auch ohne Debatte ebenso.

4.) Ausbau der Straßen. Hier nimmt Herr Bürgermeister Gelegenheit, bezüglich der Friesenstraße, deren Zustand kürzlich in einem Eingesandt unseres Blattes besprochen worden ist, eine Erklärung abzugeben. Er erklärt, die Friesenstraße sei überhaupt keine Straße, sie sei nur ein zukünftiger Weg, den die Stadt angekauft, aber noch nicht dem Verkehr übergeben habe. Sie als öffentlichen Weg anzuerkennen, dafür habe die Stadt kein Geld. Es gäben übrigens noch viel elendere Straßen hier, an welchem sogar Leute wohnten. Wenn einmal eine große Anleihe für Straßen gemacht werde, dann werde auch wohl die Friesenstraße drankommen. Die Stadt wolle wohl Pfähle setzen und Asche streuen aber sie nicht als öffentlichen Weg anerkennen. Für den Ausbau der Bismarckstraße sind Angebote eingegangen von Sütfels mit 16096,25 M., von Wollenhaupt mit 17577,50 M. und Joseph Vallee mit 18071,25 M. Die Arbeiten werden der Firma Sütfels als der mindestfordernden übertragen. Ebenso werden 750 M. bewilligt zur Beschaffung von Schlacken. — Weiter wird genehmigt, daß zur bessern Entwässerung der Schanze und der Neustraße beim Riesenbazar ein Einfallschacht angelegt wird. Damit kann auch der durch das Anwesen des Schreinermeisters Maaß gehende Kanal ausfallen. Herr Maaß will für die Kosten der Neuanlage im Betrage von 350 M. aufkommen.

5. Vergebung von Arbeiten. Es handelt sich hier um die Schreinerarbeiten für die neue Schule auf den Fildeken. Es sind dazu 11 Angebote eingegangen. Auf Los I: Knuffmann 1851,50 M., Jos. Hülskamp 2163,90 M., Jgn. Kock 2173,60 M., L. Lueb 2183,30 M., Lehmkuhl 2206,50 M., H. Kemper 2248,00 M. Auf Los II: Knuffmann 1769,36 M., H. Kemper 2541,20 M., Jos. Hülskamp 2590,00 M., Jgn. Kock 2627,00 M., L. Lueb 2633,80 M., Lehmkuhl 2700,40 Mk. Auf Los III Knuffmann 5291,00 M., Lehmkuhl 5813,20 Mk., H. Kemper 5831,50 M., S. Hülskamp 5842,00 M., L. Lueb 5854,00 M., R. Messing 6277,50 M. In allen 5 Angeboten ist Knuffmann der mindestfordernde. Herr Stadtbaurat erklärt, er habe die Kalkulation Knuffmanns nachgeprüft und für richtig gefunden, man könne ihm die Arbeit wohl übertragen. Die große Differenz zwischen seinem Angebot und dem der andern rühre wohl daher, daß sich die andern gegenseitig besprochen hätten. Herr Rümping möchte gern festgestellt haben, um wieviel Knuffmann bei den Einzelpositionen unter den andern geblieben sei. Es bestehe hier im Holzgewerbe ein Tarif; es sei sehr von Nutzen zu erfahren, ob der bei Knuffmann innegehalten worden. Er erinnere an die früheren Zeiten, wo das Holzgewerbe hier darniedergelegen, da einer des andern Preise gedrückt habe. Ueberdem müsse man sich überzeugen, ob Knuffmann die Arbeit auch leisten könne. Herr Stadtbaurat glaubt das letztere bejahen zu können. Er wendet sich dann gegen eine von den Innungen hier geübte Praxis, wonach sich einer um die Arbeit bewerbe, die Innung aber dann diese unter Innungsmitglieder verteile. Eine Kontrolle sei bei solcher Arbeit sehr wenig möglich. So sei es bei den Anstreicherarbeiten beim Friedhof gewesen, so sei es auch jetzt wieder bei diesen Arbeiten. Er habe gehört, daß auch hier die Arbeit verteilt werden solle. Herr ten Hompel wendet ein, es sei nicht Sache der Stadtverordnetenversammlung, zu untersuchen, wie Knuffmann zur Innung stehe, sondern nur, ob und wie er die Arbeit zu leisten vermöge. Auf Vorhalt des Herrn Döring, daß es im Holzgewerbe keine Innung gäbe, korrigiert sich Herr Stadtbaurat auf eine Vereinigung der Schreinermeister. Herr Lensing äußert Bedenken gegen Knuffmann. Er glaubt, daß seine niederen Preise nur auf Grund niederer Löhne an die Arbeiter zustande kämen. Im Interesse der sozialen Lage hier am Orte müsse er deshalb dringend davor warnen, Knuffmann die Arbeit zu übertragen. Vielleicht werde er die Arbeit mit holländischen Arbeitern auszuführen suchen. Er (Lensing) sei auf alle Fälle dafür, der Firma aufzuerlegen, die tariflichen Löhne zu zahlen. Die letzte Anregung des Herrn Lensing rufen bei einem Teil der Stadtverordneten lauten Widerspruch und Gelächter hervor. Herr Bürgermeister Geller verweist dieses Verhalten. Man könne wohl anderer Meinung sein, dürfe aber dieser seiner Ueberzeugung nicht solch drastischen Ausdruck geben, wie dieses Mal geschehen. Herr Vallee legt die Lage des hiesigen Bau- und Holzgewerbes dar. Den traurigen Verhältnissen von früher sei im vorigen Jahre durch Zusammenschluß der Arbeitgeber im Baugewerbe ein Ende gemacht worden. Man habe sich auf Mindestpreise geeinigt, und diese seien von allen unter Konventionalstrafen anerkannt worden. Auch Knuffmann habe die Kalkulationen zu den vorliegenden Arbeiten mitgemacht. Er müsse deshalb erklären, daß Knuffmann die Arbeiten zu den von ihm offerierten Preisen nicht leisten könne. Man dürfe sie ihm nicht übertragen. Erhalte er sie, so werde er gemaßregelt und es sei sehr fraglich, ob er sie dann überhaupt ausführen könne, da er bei verhängter Sperre von niemand mehr Holz geliefert bekomme. Herr Pesenacker drückt zunächst sein Mißfallen aus, daß vorher gelacht worden sei. Die Sache sei viel zu ernst. Wenn die Arbeiter nichts verdienten, dann fielen sie doch schließlich nur der Stadtverwaltung zur Last. Auch er meint, daß wenn die Firma Knuffmann tarifuntreu geworden, man ihr nicht die Arbeiten übertragen dürfe. Herr Marx nimmt bezug auf die Worte des Herrn Stadtbaurats bezüglich der Anstreicherarbeiten auf dem Friedhof. Seitdem die Innung hinter den Arbeiten stehe, gäbe es nur gute Arbeit, die Innung bürge dafür. Er müsse daher die Worte des Herrn Stadtbaurats zurückweisen. Gegenüber der heutigen Frage meint er, daß diese eigentlich damit gelöst sei, als Herr Stadtbaurat das Angebot geprüft und richtig befunden habe. Herr Rümping verweist eindringlichst auf die überaus schlechte Lage, in der sich gegenwärtig das Holzgewerbe hier befinde. Viele Meister seien zu ihm gekommen und hätten sich nach Arbeit erkundigt. Es herrsche großer Arbeitsmangel hier, deshalb wünschte er sehr, daß die Lose verteilt würden. Herr Dr. Schwartz meint, man könne und dürfe sich nur nach dem richten was vorliege. Herr Stadtbaurat habe die Angebote geprüft, es gehe also. Bei Los II, wo die Differenz gleich 30 % betrage, seien sicherlich niedere Löhne nicht allein ausschlaggebend. Herr Lensing gibt seiner Enttäuschung Ausdruck, daß viel Herren über seinen Vorschlag gelacht hätten. Es sei soziale Pflicht der Gemeinde, zu verhüten, daß zur Zeit der niedergehenden Konjunktur durch niedere Löhne die Lebensverhältnisse unter ihren Gemeindemitglieder gedrückt würden. Bei Arbeitslosigkeit werde die Last doch nur auf die Stadtverwaltung abgeschoben. Er bleibe auch jetzt noch auf seinem geäußerten Standpunkte stehen. Herr Pesenacker will Knuffmann die Arbeiten nicht übertragen wissen, wenn er nicht tariftreu ist. Man könne ja eine Kommission vom Arbeitgeberverband mit der Untersuchung darüber beauftragen. Herr Bürgermeister widerspricht dem; dieser Vorschlag sei absolut nicht angängig. Wenn man sich in irgend einer Weise über eine Abstimmung nicht schlüssig werden könne, so möge man die Sache vertagen. Herr Hüls meint, es hätten doch auch schon Stadtverwaltungen beschlossen, nicht immer dem Mindestfordernden die Arbeit zu geben. Herr Vallee bittet gleichfalls die Sache zu vertagen. Er wolle das nächste Mal nachweisen, daß Knuffmann die Arbeiten zu den Angeboten zu liefern nicht im Stande sei. — Die Sache wurde denn auch vertagt.

Es folgt dann noch eine geheime Sitzung, in welcher die definitive Anstellung eines Polizeisergeanten beschlossen wurde.

* **Arbeiterrentengüter.** Wie wir bestimmt erfahren, hat die Regierung der Errichtung von Arbeiterrentengütern hier am Orte ihre Genehmigung versagt. Sie betrachtet das von einem Einzelnen angeregte und betriebene Unternehmen nicht als gemeinnütziges Unternehmen. Sie glaubt hierin spekulative Zweck annehmen zu sollen; diese müßten aber bei Arbeiterrentengütern vollständig fern gehalten werden.

):(**Auszeichnung.** Am Montag vormittag wurde durch den Herrn Bürgermeister Geller zwei Angestellten der Firma Spinnerei Gebr. Drießen das allgemeine Ehrenzeichen überreicht. Es sind dies die Herren Spinnmeister H. Kemper und Portier B. Thesing, die seit 40 Jahren ununterbrochen bei genannter Firma in Stellung sind. Seitens der Firma wurde den Jubilaren ein uamhaftes Geschenk zuteil. Der Ehrenakt trifft in seiner auszeichnenden Bedeutung sowohl die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber, da er ein beredtes Zeugnis ablegt von dem guten Einvernehmen, welches hier zwischen den beiden Parteien herrscht.

Neueste Nachrichten.

h **Boyertown, (Pensylvania), 14. Jan. (Telegr.) Bei einem Brande des hiesigen Opernhauses fanden über 50 Personen, meist Frauen und Kinder, den Tod. Viele, die den Flammen entkommen waren, wurden in dem durch den Schrecken entstandenen Gedränge zu Boden geworfen und totgetreten oder starben bald darauf an den erhaltenen Verletzungen. Der Brand war durch die Explosion eines Maschinenkessels entstanden und erhielt durch die in dem Gedränge umgeworfenen Oellampen stets neue Nahrung sodaß das Gebäude in kurzer Zeit zerstört war.**

Handelsnachrichten.

* **Essen,** 13. Jan. Amtlicher Bericht der Notierungskommission. Auftrieb: Großvieh 1069, darunter 76 Ochsen, 731 Bullen und Bauzen, 662 Rinder und Kühe, 767 Kälber, 38 Schafe, 4719 Schweine. Preise für 50 Klgr. Schlachtgewicht. Ochsen, 1. Vollfleischige, ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00 bis 82 Mk. 2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Ochsen 75—79 Mk. 3. Mäßig genährte junge — ältere Ochsen 67 bis 73 Mk. 4. Gering genährte Ochsen jeden Alters 00—00 Mark. Kalben und Kühe, 1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts 78—80 Mk. 2. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 74—76 Mk. 3. Aeltere ausgemästete Kühe und weniger gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 66—70 Mk. 4. Mäßig genährte Kühe und Kalben 58—64 Mk. Bullen, 1. Vollfleischige ausgemästete Bullen bis zu 5 Jahren 72—73 Mk. 2. Vollfleischige jüngere Bullen 68—70 Mk. 3. Mäßig genährte jüngere und ältere Bullen 58—65 Mk. 4. Gering genährte jüngere und ältere Bullen 00—00 Mk. Schafe, 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 00—81 Mk. 2. Aeltere Masthammel 75—80 Mk. 3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 60—68 Mk. Preise für 50 Klgr Lebendgewicht. Kälber, 1. Doppelender 74—75 Mk. 2. Feinste Mastkälber (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 56—57 Mk. 3. Mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 48—54 Mk. 4. Geringere Saugkälber und ältere, gering genährte Kälber (Fresser) 36—45 Mk. Schweine (mit 20 pCt. Tara), 1. Vollfleischige Schweine der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 00—56 Mk. 2 Fleischige Schweine 52—55 Mk. 3 Gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber, 45—51 Mk. 4. Ausländische Schweine (unter Angabe der Herkunft), 00—00 Mk. Tendenz: Großvieh langsam 84 Ueberstand, Kleinvieh ziemlich lebhaft.

Frostbeulen, aufgesprungene Hände, Flechten, Brandwunden, off. Beine, Hautausschläge, Wundsein (insbesondere bei kleinen Kindern) **Wolf, Schweissfüsse, Hämorrhoiden, Ischias, Krampfader- und andere Geschwüre** heilt schnell und sicher die von hohen Aerzten empfohlene, im In- und Auslande mit höchsten Auszeichnungen prämiierte

Wenzelsalbe per Dose Mk. 1.—

in allen Apotheken erhältlich oder direkt zu beziehen durch die alleinigen Fabrikanten **Chr. Wenzel & Co. Mainz-Mombach.**

Bekanntmachung.

Für die sog. „Hohe Hardt", welche von der Chaussee Rhede-Bocholt, dem neben der Fabrik der Firma Gebr. Essing her führenden Gemeindewege, der Eisenbahn Rhede-Bocholt und dem von der Bocholter Chaussee zur Weggmann'schen Fabrik führenden Wege eingeschlossen wird, ist ein Fluchtlinienplan im Einverständnisse mit der Gemeindevertretung unter Zustimmung der Polizeibehörde festgestellt.

Dieses wird gemäß § 7 des Gesetzes vom 2. Juli 1875 mit dem Bemerken bekannt gegeben, daß der Plan vom 20. Januar bis zum 20. Februar d. J. auf dem hiesigen Amtsbureau in den gewöhnlichen Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen liegt.

Einwendungen sind in der genannten Ausschlußfrist bei dem Gemeindevorstande anzubringen.

Rhede, den 11. Januar 1908.

Der Gemeindevorstand:
(gez.) **Essing.**

Suche per bald oder später tüchtiges
Dienstmädchen.
Frau Albersheim,
am Markt.

Ein tüchtiges, properes
Mädchen,
welches auch servieren kann, gegen hohen Lohn gesucht.
Frau H. G. Kempers,
Centralhotel.

Ein fleißiges, properes
Dienstmädchen
sofort oder später gesucht.
Von wem, sagt die Exped. d. Bl.

Wohnung
von 3 oder 4 Zimmern zum 1. April
gesucht.
Gefl. Offerten unter **K. L.** an die Expedition d. Bl.

Eine Wohnung
von 4 Zimmern in besserem Hause in der Nähe des Bahnhofs sofort oder später
zu vermieten.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Die vom Obermeister Herrn **Fornoll** benutzte
Oberwohnung
ist zum 1. April anderweitig zu vermieten.
Bernh. Ruonhorst,
Werther Chaussee 580 I.

Junger Mann,
35 Jahre, welcher 12 Jahre in Lohndruckereien des M.-Gladbacher Industriebezirkes tätig war mit allen vorkommenden Kontorarbeiten, Buchführung, Korrespondenz, Lohnwesen 2c. vollständig vertraut ist, sucht, gestützt auf prima Zeugnisse und feinste Referenzen, anderweitiges Engagement. Eintritt kann sofort erfolgen.
Gefl. Offerten unter **M. C. 500** an die Expedition d. Bl. erbeten.

Wer webt
Nessel und Dreischaft
120 cm Rietbreite in Lohn?
Offerten unter **B. 3** an die Expedition d. Bl,

Ein gut erhaltenes
Fahrrad
umständehalber **zu verkaufen.**
Näheres in der Expedition d. Bl.

Stadt-Umzüge
werden gut ausgeführt.
Transport-Gesellschaft,
Bocholt, Kreuzstrasse.



Kinderwagen
in allen Preislagen
— nur erstklassige Fabrikate —
stets in großer Auswahl vorrätig.
Gerh. Ratter,
Ostermarkt 44.

Westfalia,
Verein für kath. Kaufleute und Beamte.
Heute abend ½9 Uhr:
Vereinsversammlung.
Diskussions-Abend.

St. Georgius-Schützen-Verein.
Karneval 1908.



Donnerstag abend ½9 Uhr im Hotel zur Post:
Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Elfer-Rat.

Bekanntmachung.

Der Provinzialrat hat genehmigt, daß in der Gemeinde Rhede an folgenden Tagen im Jahre Viehmärkte abgehalten werden:

Am 4. Mittwoch im Februar,
am 4. Dienstag im März,
am 1. Dienstag im Mai,
am 3. Dienstag im August,
am 1. Mittwoch im November.

Am 1. Dienstag im Mai findet gleichzeitig ein Krammarkt statt.

Für 1908 fallen die Märkte auf folgende Tage:

Mittwoch, den 26. Februar,
Dienstag, den 24. März,
Dienstag, den 5 Mai,
Dienstag, den 18. August und
Mittwoch, den 4. November.

Rhede, den 3. Januar 1908.

Der Amtmann:
Vrede.

Eine Partie gute
Legehühner
zu kaufen gesucht.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Nachruf.

Tief erschüttert hat uns die Kunde von dem plötzlichen Hinscheiden unseres Vertreters,

des Herrn

Ferdinand Steiner.

Wir werden dem Entschlafenen, dessen biedern Sinn, dessen rastlose Tätigkeit und grosse Pflichttreue uns seinen Verlust doppelt schmerzlich empfinden lassen, stets ein treues Andenken bewahren.

Rheydt, den 11. Januar 1908.

J. C. Pungs Söhne,
Baumwoll-Spinnerei.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 11 Uhr unsere treusorgende, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Witwe Bernhard Geuting

Elisabeth geb. **Vrede,**

zu sich in ein besseres Leben abzurufen.

Sie starb sanft und gottergeben nach kurzer, mit größter Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch echt christlichen Lebenswandel und gestärkt mit den Heilsmitteln unserer heiligen Kirche im Alter von 70 Jahren.

Tiefbetrübt machen wir hiervon Mitteilung und empfehlen ihre Seele der christlichen Fürbitte und den Priestern beim hl. Meßopfer.

Bocholt, Recklinghausen-Süd, Stadtlohn, den 13. Januar 1908.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die heilige Seelenmesse findet statt am Donnerstag, dem 16. Januar, morgens 5 Minuten vor 9 Uhr in der Liebfrauenpfarrkirche, darauf die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

Soeben erschien:

H. Drestomark:

Krankendienst u. Krankentrost!

Ein Lehr-, Trost- und Gebetbuch für das katholische Haus, enthaltend Unterweisungen und Gebete für Kranke und dessen Angehörige, nebst einem Anhange von Gebeten für die Abgestorbenen. Von Heinr. Drestomark, Priester. 392 S. 98:153 mm. Elegant gebunden Mk. 1,75, 2 u. 2,50.

Erhältlich in allen Buchhandlungen.

Butzon & Bercker, Kevelaer,
Verleger des Hl. Apostol. Stuhles.

Unter dem Titel „Krankendienst und Krankentrost" ist in obigem Verlage soeben ein Büchlein erschienen, das dem katholischen Hause Belehrung, Tröstung und eine reiche Auswahl von Gebeten für die Tage der Krankheit bietet. „Krankendienst": Die Pflege eines Kranken erfordert ja mancherlei; hier finden sich viele praktische Winke, wie man den Kranken in den Nöten des Leibes und der Seele in wahrhaft christlicher Weise beispringen kann, dabei auch Anweisungen über Nottaufe, über die Sorge für Krüppel uno Geisteskranke, über Verhalten bei plötzlichen Unglücksfällen 2c. „Krankentrost": besonders der Kranke findet in diesem Werke Anleitung, wie er die Tage seiner Krankheit heiligen kann durch Geduld in seinem Leiden, durch Empfang der hl. Sakramente und durch die verschiedensten Andachtsübungen. Verhältnisse, in die der Kranke geraten kann, sind berücksichtigt, z. B. bietet ein Kapitel wichtige Mahnungen für die, welche sich in einem Spitale pflegen lassen, ein anderes handelt von den letztwilligen Verfügungen. Die neuesten kirchlichen und staatlichen Entscheidungen, die hierher gehören, sind stets angeführt. Der reiche, jedoch schlichte Inhalt des Büchleins ist passend nnd nutzbringerd für jedermann.

St. Kamillusblatt, Werden, Januar 1908.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Wirtschafts-Verpachtung.

Die altrenommierte **Gastwirtschaft „Zur Post"** in **Groß-Burlo** bei Borken in Westf., Station der Eisenbahn Essen-Winterswyk, mit vollständig neuen, geräumigen Gebäuden und entsprechenden Stallungen, sowie ca. 20 Morgen Ländereien ist an einen energischen, kapitalkräftigen Wirt zu verpachten.

Bewerber wollen sich melden bei der **Fürstlich Salm-Salm'schen Rentei in Bocholt** oder bei der **Fürstlich Salm-Salm'schen Generalverwaltung in Anholt.**

Küchenschrank-Spitzen
in verschiedenen Dessins empfehlen **J. & A. Temming.**

Hermann Pottmeyer, am Markt,

bietet seiner verehrten Kundschaft günstige Gelegenheit zum billigen Einkauf von Manufaktur-Waren jeglicher Art.

Um das Lager zu räumen, sind grosse Posten Waren ausgelegt, die bis zur Hälfte des früheren Preises abgestossen werden, als:

Pelze, Wintermäntel, Damen-Wollkleider, Wollblusen, Kostüme, Kostümröcke, Unterröcke, Kinderkleider, Kindermäntel, Knaben-Anzüge und -Paletots, Herren-Anzüge und -Paletots,

sämtliche Unterzeuge,

sämtliche vom Sommer übrig gebliebenen Waschsachen, sehr vorteilhafte Kleiderstoffe und Buxkinreste etc.

Hermann Pottmeyer, am Markt.

St. Antonius-Männer-Verein.

Patronsfest.

Am Freitag, dem 17. Januar 1908, Fest des hl. Antonius (Abt), morgens 1/2 9 Uhr, in der Liebfrauenkirche:

Hl. Messe mit Kerzenopferung.

Alle Verehrer des hl. Antonius werden hierzu freundl eingeladen.

Die Vereinsmitglieder versammeln sich dazu morgens 1/4 8 Uhr im Vereinslokal (**Restauration Wwe. Anschlag**).

Es wird gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Westfälischer Bankverein Bocholt.

Filiale der Essener Kredit-Anstalt, Aktien-Gesellschaft.

Aktien-Kapital und Reserven Mark 79 000 000.

An- u. Verkauf | von Staatspapieren, Aktien,
Aufbewahrung | Obligationen, Losen etc.

zu coulanten Bedingungen.

Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere auf kurze und lange Termine. Versicherung gegen Coursverlust bei Verlosungen. Conto-Corrent-, Check- und Depositen-Verkehr (Einlagen auch von kleineren Beträgen).

Preussische Consols, Reichsanleihen, diverse Hypothekenpfandbriefe,

ferner:

Belgische, Französische, Englische, Holländische und Schweizer Noten

sind stets vorrätig.

Zirkular-Kreditbriefe für das In- und Ausland.

Feuer- und diebessichere Stahlkammer mit Tresorfächern (sogen. Safes)

unter eigenem Verschluss der Mieter.

Wir sind offizielle Annahmestelle für Zahlungen für das K. K. Postsparkassen-Amt Wien.

Kaufmännische Fortbildungsschule.

Behm-Dugerfördo, Die Praxis des kaufmännischen Rechnens. I. Teil. Geb.

Kaufmännische Korrespondenz. 50 Pfg.

Obige Bücher werden auf der soeben eröffneten kaufmännischen Fortbildungsschule gebraucht und sind bei uns vorrätig.

J. & A. Temming.

Nur solange Vorrat! für **25 Pfg.** pro Pfund

Ia. Schweine-Stücken-Fleisch

Köpfe und Pfoten, garantiert nicht fischige Ware, amtl. untersucht v. holst. Landschweinen, in Eimern v. 30 u. 60 Pfd. Inh. Alles ab Kiel unt. Nachn. **C. J. Michelsen, Kiel** (Holst.)

Haus-Verkauf.

Das an der Dorfstraße Nr. 122 in Rhede gelegene **Wohnhaus, Küche, 4 Zimmer, Diele und Stall,** ist per sofort zu verkaufen. **Antritt** am 1. August d. J.

Nähere Auskunft erteilt

August Hülskamp, Bocholt.

Holz-Verkauf.

Am Dienstag, dem 21. Januar cr., vormittags 10 Uhr anfangend, läßt Herr **Joh. Neuenhoff** auf **Walkershof** beim Uhlenpaß hierselbst

153 Rm. alte, ausgewachsene Lärchen, zu Sparren und Balken geeignet,
16 „ Feintannen, zu Balken und Brettern,
1 „ Kiefer, | **2 „ Eichen,** | **5 „ Pappeln,** | **8 „ Erlen,** | **zu Nutzholz, zu Holzschuhen,**

öffentlich meistbietend auf Kredit verkaufen.

Das Holz steht direkt beim Hause an bequemer Abfuhrstelle.

Brünen. **Oskar Brans.**

Stenographen-Verein Stolze-Schrey.

Am Donnerstag, dem 16. d. Mts., 1/2 9 Uhr abends:

Anfänger-Unterrichtskursus

im Vereinslokal „**Hotel Central**".

Desgleichen Uebungsabend für die Mitglieder.

Um pünktliches Erscheinen bittet

der Vorstand.

Inventur-Ausverkauf.

Bis zum 1. Februar gewähren wir bei Barzahlung einen

Rabatt von 10%

Zu ganz bedeutend ermässigten Preisen verkaufen wir:

Farbige Herrenoberhemden, einen Posten Krawatten Kinderschürzchen, Biber- u. Wollkleidchen etc.

A. & J. Spier.

Edison-Phonographen

spielen rein, natürlich und geräuschlos Vielseitig und angenehmstes

Instrument,

besonders für die Winterzeit.

Zu hören und zu haben bei

C. Möllenbeck,

Bocholt, Realschulstraße 10.

Gleichzeitig empfehle sämtliche **Uhren-, Gold- und Silberwaren, optische und elektrische Instrumente** zu billigsten Preisen.

Ein brauner, langhaariger



Jagdhund

zugelaufen.

Evangelische Schule.

Ein goldener Ring

verloren.

Wiederbringer erhält eine Belohnung. Näheres in der Expedition d. Bl.